

## Vor dem Nato-Gipfel

# Polizei will mehr Schutzhelme

**Vor dem Nato-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg macht sich die Polizei Sorgen um die Sicherheit ihre Beamten. Denn Innenminister Heribert Rech (CDU) hat entschieden, dass nicht mehr alle Polizisten im Einsatz einen Helm tragen.**

Polizisten im operativen Dienst sollen künftig sogenannte Hygienehäubchen unter den Helmen tragen, damit diese untereinander getauscht werden können. "Diese fehlende Ausrüstung ist unverständlich", sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Josef Schneider. "Beim Nato-Treffen steht der größte Einsatz der Polizei in Baden-Württemberg an." Innenminister Heribert Rech (CDU) nannte die Sorge "unbegründet".

Nach Angaben von Schneider sind gegen den Rat der Gewerkschaft bei der jüngsten Neuausstattung deutlich weniger Schutzhelme bestellt worden. "Es ist zwar dafür gesorgt, dass alle geschlossenen Einheiten mit Helmen ausgestattet sind, aber darüber hinaus fehlen Helme für den täglichen Dienst." Grundsätzlich brauche nicht jeder Beamte seinen eigenen Helm. Weil es an Personal in den Reihen der Polizei mangle, seien aber immer häufiger Kollegen im Einsatz, die nicht für geschlossene Einheiten oder sogenannte Alarmeinheiten vorgesehen seien. Diese hätten wegen der neuen Poolbildung keine passenden Schutzhelme mehr, gab Schneider zu Bedenken. "Es hat keinen Sinn, einen Helm aufzusetzen, der nicht passt."

### **Konzept der Hygienehäubchen ist "Quatsch"**

Nicht nur beim bevorstehenden Großeinsatz am Oberrhein, auch etwa bei Fußballspielen mit plötzlichen Ausschreitungen müsse die Polizei für den Ernstfall nach bestem Sicherheitsstandard gerüstet sein. Das Konzept des Innenministeriums mit Hygienehäubchen sei "Quatsch", sagte Schneider. Bei Helmen sei die Kopfgröße entscheidend. "Den Polizisten ist der Schutz nicht mehr gegeben, weil gespart werden soll." In anderen Berufssparten gebe es Arbeitsschutzmaßnahmen, die ausgerechnet bei der Polizei nicht befolgt würden.

Eine Schutzausrüstung aus Einsatzanzug und -stiefeln, Schutzhelm und Atemschutzmaske erhalten nach Angaben des Innenministeriums Polizeibeamte, die eine derartige Ausstattung benötigen. "Dies sind die Einsatz- und Alarmeinheiten der Landespolizei und der Bereitschaftspolizei, die für die Bewältigung von Einsatzlagen mit Störerpotenzial vorgesehen sind", teilte das Ministerium mit. Außerdem seien die Hundeführer- und Reiterstaffeln mit Helmen ausgestattet, weil sie häufig in gewaltträchtigen Situationen eingesetzt würden. "Die ausnahmslose Ausstattung aller Polizisten mit Schutzhelmen und Einsatzanzügen ist nicht erforderlich und haushaltsrechtlich nicht gangbar", sagte Innenminister Rech.

Sorgen um eine ausreichende Auswahl an Helmen macht sich der CDU-Politiker nicht: "Da landesweit rund 60 Prozent der Angehörigen der Streifendienste der Polizeireviere ein

Schutzhelm zugeteilt wurde, ist vor dem Hintergrund, dass sich in der Regel nur eine von fünf Dienstgruppen im Dienst befindet, eine ausreichende Anzahl an Schutzhelmen grundsätzlich verfügbar." Sollte jeder Polizist seinen eigenen Kopfschutz erhalten, koste dies das Land weitere rund 3,9 Millionen Euro. Derzeit gibt es laut Ministerium mehr als 7000 Helme bei der Landespolizei sowie 2440 Stück bei der Bereitschaftspolizei. Für eine komplette Ausstattung würden zusätzlich etwa 11 500 Schutzhelme benötigt.

Den Vorwurf mangelnder Sicherheit auf den Polizeirevieren während des Nato-Gipfels am 3. und 4. April wies Rech scharf zurück: "Die Sorge ist unbegründet", sagte er. Bei 18 verfügbaren Alarmhundertschaften kämen höchstens 2000 Beamte zum Einsatz. "Faktisch ist aber die nahezu dreifache Anzahl an Schutzhelmen verfügbar."